

SVP *ja*

SVP
UDC
Die Zeitung des Mittelstandes

Alle an die Urnen!

Allgemeine Mobilmachung! Am 19. Oktober geht es darum, die Weichen für die Zukunft unseres Landes zu stellen. Wer für eine freie und unabhängige Schweiz, für tiefere Steuern und Krankenkassenprämien, weniger Schulden und Defizite und für mehr Sicherheit einsteht, wählt SVP! **Seite 16**


Bild Imagepoint / karpich

SVP ergreift Referendum

Seite 3

Von Mitte Oktober bis Mitte Januar läuft die Unterschriftensammlung zur Mutterschaftsversicherung

Prämiensenkungsinitiative

Seiten 6-7

Die Prämien schlagen stark auf, die SVP-Fraktion geht auf die Strasse

Nein zum EU-Beitritt

Seite 11

Soll die Schweiz schon bald Beitrittsverhandlungen aufnehmen? Nationalrat Walter Schried sagt klar Nein.

Das haben wir den anderen Parteien zu verdanken:



Darum jetzt

SVP

Schweizer
Qualität 



Referendum gegen Mutterschaftsversicherung

Die SVP ergreift das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung. In Anbetracht der riesigen finanziellen Probleme insbesondere von AHV, 2. Säule und IV ist es verantwortungslos, neue Leistungen einzuführen. Eine weitere Schwäche der Vorlage besteht darin, dass heute niemand weiss, woher die Einnahmen für die neuen Leistungen kommen.

Die Ausgaben der schweizerischen Sozialversicherungen haben zwischen 1990 und 2001 von 77.7 Milliarden auf 126.2 Milliarden Franken zugenommen. Diese Zunahme um knapp zwei Drittel ist äusserst beunruhigend. Ein immer grösserer Teil des schweizerischen Bruttoinlandprodukts muss für den sozialen Bereich aufgewendet werden. So erstaunt es nicht, dass überall grosse Probleme auftreten. Krankenkassen müssen schliessen, weil ihre Reserven aufgebraucht sind. Die Invalidenversicherung wies 2002 ein Defizit von 1.2 Milliarden auf. Der AHV-Ausgleichsfonds ist statt mit den vom Gesetz geforderten 29 Milliarden nur noch mit 23 Milliarden dotiert. Viele Versicherer der 2. Säule haben grosse Schwierigkeiten, einen genügenden Deckungsgrad zu erreichen und müssen Beiträge erhöhen bzw. Leistungen abbauen.

Halt, sichern!

Es ist ein Gebot der Stunde, in dieser desolaten Situation mit allen verfügbaren Mitteln gegen die finanziellen Schwierigkeiten der Sozialversicherungen anzukämpfen. Doch statt die bisherigen Leistungen zu sichern, baut das Parlament unser Sozialwesen munter weiter aus, z.B. mit der Mutterschaftsversicherung. Mütter sollen in den ersten 14 Wochen nach der Nie-

derkunft einen Lohnersatz von 80 % des versicherten Verdienstes erhalten. Neu soll also der Staat bezahlen, was bisher im Rahmen der Sozialpartnerschaft individuell und auf Branchenebene ausgehandelt wurde. Für die Mutterschaftsversicherung wird mit jährlichen Kosten von 500 Millionen Franken gerechnet. Trotz anders lautenden Versprechungen in ihren Parteiprogrammen haben FDP und CVP dem Experiment Mutterschaftsversicherung zugestimmt.

EO wird geplündert

Dabei soll keine neue, eigenständige Versicherung gebildet werden. Die Mutterschaftsleistungen würden von der Erwerbsersatzordnung (EO) ausgerichtet. Diese Sozialversicherung bezahlt Armeeghörigen den Erwerbsausfall während des Militärdienstes aus. Als einzige Sozialversicherung steht die EO heute finanziell auf einem gesunden Fundament und konnte dank einer zurückhaltenden Politik Rückstellungen von über 3.5 Milliarden bilden. Mit der

neuen Mutterschaftsversicherung soll die einzige gesunde Sozialversicherung geplündert werden. Im Projekt, das von den Eidgenössischen Räten verabschiedet wurde, steht nichts über die Finanzierung der Mutterschaftsleistungen. Neue Leistungen werden beschlossen, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Das Parlament will zuschauen, wie die Reserven der EO aufgefressen werden. In einigen Jahren müssen zwangsläufig die Steuern erhöht werden, doch darüber spricht heute wohlweislich niemand. Dieses Projekt, das grosszügig Leistungen ausschüttet und sich über deren Finanzierung ausschweigt, ist unehrlich und eine Mogelpackung. Einmal mehr wird das Schweizer Volk hinters Licht geführt.

Die Mutterschaftsversicherung ist auch aus einem anderen Grund abzulehnen: Sie führt zu einer neuen Umverteilung. Doppelverdienerfamilien profitieren von den neuen Leistungen, während die klassischen Einverdienerfamilien (Der Mann arbeitet auswärts, die Frau zu Hause) an die Kasse kommen. Der Staat fördert ein bestimmtes Familienmodell und bestraft das andere. Er greift so in die höchst private Entscheidung der Arbeitsteilung innerhalb der Familie ein, was von der SVP konsequent abgelehnt wird.

Aus all diesen Gründen hat die SVP beschlossen, gegen die Mutterschaftsversiche-



► Nationalrat Toni Bortoluzzi, Affoltern am Albis (ZH)

rung das Referendum zu ergreifen. Es geht nicht an, neue Leistungen einzuführen, wenn höchst ungewiss ist, wie lange wir uns die bisher ausgerichteten Leistungen, insbesondere in der Altersvorsorge, noch leisten können. Die Vorlage ist unehrlich, weil viel Geld ausgegeben wird, ohne aufzuzeigen, wie die benötigten Einnahmen erzielt werden können.

Referendumsfrist bis Mitte Januar

Die Unterschriftensammlung startet in den kommenden Tagen. In der nächsten Ausgabe dieser Zeitung wird ein Unterschriftenbogen beiliegen. Die Sammelfrist läuft ca. bis Mitte Januar. ◀



Der SVP-Herbsttipp

Das Haus mit der farbenfrohen Fassadenkunst und das besondere Angebot mit Biosauna, Heu- und Molkenbädern, Yoga und Shiatsu laden Sie ins Val Müstair ein. **Herbstangebot 5. Okt. - 2. Nov.:**

3 Tage HP in der **CENTRAL**-Juniorsuite Fr. 315.--
7 Tage HP im Doppelzimmer comfort Fr. 590.--

HOTEL CENTRAL
La Fainera

7535 Valchava
Val Müstair/
Münstertal

Tel. 081 858 51 61
www.centralvalchava.ch



Nachhaltigkeit

Niemand soll mehr Holz aus dem Wald führen, als dort nachwächst: Das zu erreichen beabsichtigt die aus der Waldwirtschaft stammende Forderung nach *Nachhaltigkeit*. Über Jahrhunderte wurden die Schweizer Wälder als Lieferanten von Bau- und Brennmaterial eher überstrapaziert, heute aber stellt sich vielleicht die Frage, ob nicht zu viel Holz – und nicht nur Sturmholz – liegen bleibe oder angesichts einer *zu stark* auf Beton ausgerichteten Bauwirtschaft allzu billig ausgeführt werden *müsse*.

Wie immer dem sei, die Nachhaltigkeit ist ein wertvoller Beitrag der Forstwissenschaft zu unserer politischen Kultur überhaupt: Fragen wir *stets* danach, was eine neue Massnahme oder ein von uns geduldeter alter Zustand *auf die Dauer* bedeute! Welche Einwanderungspolitik ist *bis wann* tragbar? Auf *welche Höhe* müssen die Bundesschulden *bis wann* und *wie genau* gesenkt werden - unter Bedingungen stabilen Geldwerts und *ohne* die früher angenommene automatische schleichende Reduktion der Schulden durch die Geldentwertung? Die Antwort auf die beiden gestellten und andere eben so wichtige Fragen kann jeweils nicht in einer mathematischen Formel bestehen. Die Antwort kann stets nur im Rahmen dessen gegeben werden, was der Souverän entscheidet. Sicher aber ist, dass bei der Suche nach der Antwort der Gedanke der Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle zu spielen hat: Ein Budget, das Steuererhöhungen nach sich zieht, bedeutet zum Beispiel, dass der Staat das Saatkorn der Wirtschaft und damit die Zukunft seiner Menschen verzehrt. Eine Einwanderungspolitik, die entweder das ökonomische, institutionelle oder kulturelle Fassungsvermögen des Landes überfordert oder aber umgekehrt die humanitäre Tradition der Schweiz ausser Acht lässt, ist nicht *auf die Dauer* mit den Landesinteressen vereinbar. Hier gilt es, auch und vielleicht ganz *besonders* nach den unmittelbar bevorstehenden Wahlen, mit den bewährten Mitteln demokratischer Entscheidungsfindung Lösungen zu suchen. Den besten Beitrag *dazu* leisten wir alle, indem wir uns tatsächlich an den Wahlen beteiligen und jene Männer und Frauen nach Bern schicken, zu deren Charakter, Klugheit und Geradlinigkeit wir das höchste Zutrauen besitzen.

Bundesrat Samuel Schmid

Das beste Auto. Jetzt im Grossformat.
Der Corolla Verso als Sonderserie ab Fr. 24'950.–.

 **TOYOTA**



DER COROLLA VERSO: DEN VORTEILHAFTEN «FAMILY» GIBT ES BIS ZUM 31. 12. 2003.

● Klarer Sieger seiner Klasse in der grossen Kundenzufriedenheitsstudie 2002 und 2003 (16'808 Befragte) des führenden Konsumenten-Informationsdienstes J. D. Power & Associates.

- 5 Sitze erfüllen im multivariablen Innenraum die verschiedensten Aufgaben.
- Sprichwörtliche Zuverlässigkeit, extrem hochwertige Materialien, exakt abgestimmter Komfort, erstklassige Ausstattung und eine unschlagbare Verarbeitung.
- Sie haben den perfekten Überblick durch die erhöhte Sitzposition.
- Motoren mit 110 bis 135 PS sorgen für ein entspanntes und souveränes Fahren.
- Sehr tiefe Betriebskosten durch seine Zuverlässigkeit und 3 Jahre Gratis-Service bis 45'000 km (Material und Arbeit inklusive).



Corolla, ab Fr. 22'990.–



Corolla TS, ab Fr. 36'550.–



Corolla Sportswagon, ab Fr. 26'990.–

- Umfassende Garantieleistungen: 3 Jahre Vollgarantie bis 100'000 km, 3 Jahre Lackgarantie, 12 Jahre Garantie gegen Durchrostung, 3 Jahre Mobilitätsgarantie «Toyota Assistance».

- Den Corolla gibt es auch als 3- und 5-Türer in unschlagbarer Qualität, als 192 PS starken Corolla TS mit geringem Verbrauch oder als geräumigen Sportswagon.

www.toyota.ch und 0800 840 400.



Verzögerung des Steuerpakets schadet allen

Die Kantone erzwingen ein Referendum zum dringend notwendigen 1. Steuerpaket. 18 so genannt bürgerliche Kantonsregierungen haben das Referendum unterstützt und in 8 Kantonen hat das Parlament die Vorlage der Regierung gutgeheissen.

Das Kantonsreferendum kam somit zustande, wodurch das für das Wirtschaftswachstum dringend notwendige Steuersenkungspaket weiter verzögert wird. Steuersenkungen sind in der momentanen Wirtschaftslage von grosser Bedeutung, weil damit Investitionen und Konsum generiert werden. So wächst die Wirtschaft und Arbeitsplätze werden gesichert.

Die Schweiz vermochte als einziges OECD-Land das reale BIP (Bruttoinlandprodukt) pro Kopf in den 90er Jahren nicht zu steigern. Unser Land verzeichnete ein so genanntes wirtschaftliches Nullwachstum. Im gleichen Zeitraum haben aber die Ausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden um über 40% zugenommen. Die Finanzierung dieser Aufgaben erfolgte primär durch eine Erhöhung der Fiskalquote. So ist es denn auch nicht verwunderlich, dass die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren (inklusive Sozialversicherungsbeiträgen) in den 90er Jahren stärker angestiegen ist (+5.3% auf 35.9% des BIP) als in jedem anderen vergleichbaren OECD-Land. Da Steuererhöhungen oft dem Referendum unterstellt sind, haben Schweizer Gemeinden und Kantone nicht in erster Linie die Steuern erhöht, sondern es wurde auf Gebühren und Abgaben ausgewichen. So ist bereits jeder vierte Franken, der von den öffentlichen Haushalten eingenommen wird, auf Gebühren und Ab-

gaben zurückzuführen. Die Bevölkerung hat aber von Politikern und Behördenmitglieder zu hören bekommen, dass durch die Erhebung von Gebühren nach dem Verursacherprinzip die Steuerbelastung gesenkt wird. Es kann jedoch klar nachgewiesen werden, dass zwar viele neue Gebühren wie z. B. Kehrriechtsackgebühren eingeführt wurden, aber die Steuerbelastung nur an den wenigsten Orten gesenkt wurde.



Gebühren und Abgaben steigen

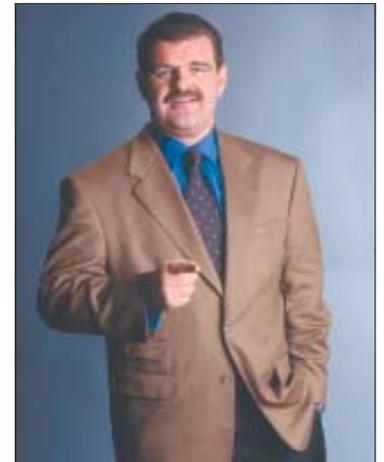
Bei den meisten Abgaben und Gebühren kann die Bevölkerung nicht mitsprechen. Diese Abgaben und Gebühren treffen das Gewerbe und die Unternehmen besonders hart. Die steigenden Abgaben, Gebühren und Steuern senken ihre Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen, globalisierten Markt. So ist die stark steigende Fiskalquote eine der wichtigs-

ten Ursachen, warum die Wirtschaft in der Schweiz nicht vom Fleck kommt, währenddem Länder wie die USA, die die Steuern anfangs der 90er Jahren massiv gesenkt haben, seither ein gutes Wachstum verzeichnen konnten. Dies gilt aber auch für praktisch alle anderen OECD-Staaten. Selbst Japan konnte im Durchschnitt ein Wirtschaftswachstum um 1% pro Jahr erreichen. Es ist eindeutig, dass je mehr Geld den Unternehmen zur freien Verfügung bleibt, desto mehr wird investiert bzw. konsumiert und die Wirtschaft kann wachsen.

Mit dem Steuersenkungsgesetz 2000 wurde die Steuerbelastung für juristische Personen in Deutschland gesenkt. Vergleicht man die Belastung von Unternehmen in Deutschland und in der Schweiz sieht man, dass heute Unternehmer in der Schweiz durch Gewinnsteuern, Doppelbesteuerung und Vermögenssteuern stärker belastet werden als in Deutschland. Wollen wir die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz erhalten, so sind nebst dem 1. Steuersenkungspaket für den Mittelstand vor allem auch adäquate Steuersenkungen für Unternehmen notwendig. Der Werkplatz Schweiz muss erhalten bleiben.

Die Zielsetzung der Schweiz muss es sein, die Fiskalquote auf die Werte von 30.9% des Jahres 1990 zu reduzieren. Dafür ist dieses 1. Steuersenkungspaket ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wir zählen auf die vielen Gewerbetreibenden und Arbeitnehmer in der Schweiz, die dem Referendum die notwendigen Abfuhr erteilen werden.



► Nationalrat Peter Spuhler, Weiningen (TG)

Wahlversprechen nicht vergessen

Ebenfalls bleibt zu hoffen, dass die Parteien, die zusammen mit der SVP in vielen Kantonen die Mehrheit in Regierung und Kantonsparlamenten stellen, ihre Wahlversprechen an Familien und Gewerbetreibende nicht vergessen und entsprechend für das 1. Steuersenkungspaket eintreten werden. Bis anhin war das Engagement dieser so genannt bürgerlichen Mehrheiten in den Kantonen leider mehr als schwach.

Lassen Sie uns die Wirkungen dieses 1. Steuersenkungspaketes nicht vergessen:

- Nachhaltiges Wirtschaftswachstum
- Erstarkung der Konkurrenzfähigkeit des Werkplatzes Schweiz
- Tiefere Steuern führen zu mehr Produktivität und langfristig betrachtet zu höheren Einnahmen für die Gemeinden, die Kantone, den Bund und die Sozialversicherungen
- Förderung des Wohneigentums
- Entlastung von Familien mit Kindern

Nutzen Sie die Gelegenheit und unterschreiben Sie jetzt!

Eidgenössische Volksinitiative „für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung“

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und gemäss dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

I. Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert: **Art. 117a Krankenversicherung (neu)**

¹Die Krankenversicherung beruht auf:

- der Grundversicherung nach Sozialversicherungsrecht, welche die Kosten für medizinische und pflegerische Leistungen trägt, die der Schmerzlinderung, Heilung und Reintegration dienen, zweckmässig und wirtschaftlich sind, und deren Wirksamkeit von der Wissenschaft anerkannt ist;
- der Zusatzversicherung nach Privatversicherungsrecht.

²Grundversicherer und Leistungserbringer schliessen Leistungsverträge ab, die den Bedürfnissen der Versicherten entsprechen.

³Grundversicherer dürfen nicht an Leistungserbringern und Leistungserbringer nicht an Grundversicherern beteiligt sein.

⁴Die Grundversicherung wird finanziert durch Beiträge des Bundes und der Kantone von zusammen höchstens 50% sowie durch Beiträge der Versicherten.

⁵Bund und Kantone leisten ihre Beiträge an die Grundversicherer.

II. Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert: **Art. 197 Ziff. 2 (neu)**

2. Übergangsbestimmungen zu Art. 117a Krankenversicherung

Die Bestimmungen des neuen Art. 117a treten 3 Jahre nach ihrer Annahme durch Volk und Stände in Kraft. Der Bundesrat erlässt die nötigen Vollzugsbestimmungen auf dem Verordnungswege, bis sie durch die Gesetzgebung abgelöst werden. Bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens von Art. 117a können die Versicherten bei ihrem Grundversicherer die Differenz zum bisherigen Leistungsumfang im Rahmen der Zusatzversicherung ohne Vorbehalte versichern.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton: Postleitzahl: Politische Gemeinde:

Nr	Name, Vorname Handschrift, Blockschrift	Geburtsdatum	Wohnadresse Strasse, Hausnummer	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle Leer lassen
1					
2					
3					

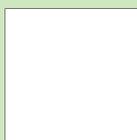
Ablauf der Sammelfrist: 28.07.2004

Im Bundesblatt veröffentlicht am 28.01.2003

Durch die politische Gemeinde auszufüllen: Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass oben stehende (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort:

Amtsstempel



Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson:

Datum:

amtliche Eigenschaft:

eigenhändige Unterschrift:

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Toni Bortoluzzi, Präsident, Nationalrat, Betpurstr. 6, 8910 Affoltern a. Albis; **Caspar Baader**, Nationalrat, Fraktionspräsident, Baumgärtliring 52, 4460 Gelterkinden; **Eric Bonjour**, Grossrat, Culturaz 22, 1095 Lutry; **Roland Borer**, Nationalrat, Stockackerstr. 17, 4703 Kestenholz; **Toni Brunner**, Nationalrat, Hundsrücken, 9642 Ebnat-Kappel; **Michaël Buffat**, Präsident Junge SVP Waadt, Rte d'Echallens, 1418 Vuarrens; **Herbert Brütsch**, lic. iur., Fuchshalde 1, 8305 Dietlikon; **Martin Chevallaz**, Grossrat, Vuilletaz 113, 1066 Epalinges; **Gilberte Demont**, Sekretärin SVP Waadt, Ch. de Penguey 4, 1162 St-Prex; **Jean Henri Dunant**, PD Dr. med., Nationalrat, Luftmattstr. 12, 4052 Basel; **Roland Eberle**, dipl. Ing. agr. ETH, Regierungsrat, Gesundheitsdirektor, Haustr. 17, 8570 Weinfelden; **Jean Fattebert**, Nationalrat, 1682 Villars-Bramard; **Silvia Flückiger**, Grossrätin, Badweg 4, 5040 Schöftland; **Walter Häcki**, Dr. med., Grossrat, Geissmatthalde 6, 6004 Luzern; **Hansjörg Hassler**, Nationalrat, Cultira, 7433 Donath; **Philipp Isenburg**, Dr. med. dent., Via Ronchetto 15, 6814 Cadempino; **This Jenny**, Ständerat, Oberdorfstr. 45, 8750 Glarus; **Ilse Kaufmann**, Stadträtin, Hochfelderstr. 49, 8180 Bülach; **Ueli Maurer**, Nationalrat, Parteipräsident SVP, Rebacher 12, 8340 Hinwil; **Eros Mellini**, Sekretär SVP Tessin, Via Muggina, 6962 Viganello; **Ursula Moor**, Kantonsrätin, Hochfelderstr. 2, 8181 Höri; **Franziska Schlupe**, Apothekerin, Südstr. 3, 4950 Huttwil; **Jürg Stahl**, Nationalrat, Zürcherstr. 125, 8406 Winterthur; **Theres Weber-Gachnang**, Kantonsrätin, Krankenschwester, Holländer-Bergli, 8707 Uetikon a. S.; **Bruno Zuppiger**, Nationalrat, Rebaldenstr. 10, 8340 Hinwil.

Weitere Unterschriftenbogen können kostenlos bestellt werden bei:

Komitee für tiefere Krankenkassenprämien - Postfach - 3000 Bern 26 - Für Spenden benutzen Sie bitte das PC-Konto 30-209744-4

**Initiative unterschreiben, diese ganze Seite abtrennen und einsenden an:
Prämiensenkungsinitiative - Postfach 362 - 3052 Zollikofen**

Prämien steigen erneut stark an

Die Krankenkassen haben vor rund zwei Wochen die Prämien erhöhungen für das Jahr 2004 bekannt gegeben. Für die Versicherten ist die Situation seit der Übernahme des EDI durch Bundesrat Couchepin noch schlimmer als zu Zeiten von Bundesrätin Dreifuss: Couchepin bestraft Eigenverantwortung und Zurückhaltung noch mehr als bisher. Die Erwartungen in einen bürgerlichen EDI-Vorsteher wurden bitter enttäuscht. Damit ist jetzt klar, dass nur die Prämiensenkungsinitiative zu einer Entlastung der Prämienzahler führt.

Bundesrätin Ruth Dreifuss pflegte jeweils im Herbst die Prämien erhöhungen persönlich bekannt zu geben, über die neuen Prämien der verschiedenen Versicherungen detaillierte Unterlagen abzugeben und diese der Öffentlichkeit auf dem Internet zugänglich zu machen. Bei Pascal Couchepin ist alles anders: Ihn scheinen Details wie die exorbitante Belastung der Schweizer Bevölkerung mit den Krankenkassenprämien nicht zu kümmern.

Offenbar hat er es nicht nötig, wie seine Vorgängerin vor die Medien zu treten und die von ihm verantworteten Prämien erhöhungen zu kommentieren. Lieber trifft er sich mit den Mächtigen der Welt und hält grosse Reden übers Jahr 2025.

Es schlägt aber dem Fass den Boden aus, wenn ein Bundesrat einer Partei, die sich bürgerlich und wirtschaftsfreundlich nennt, Eigenverantwortung bestraft, indem er die

Prämien gerade für Versicherte mit hohen Franchisen besonders stark erhöht. Diese Versicherten, welche Kosten selber tragen, zurückhaltend Leistungen beanspruchen und die Bürokratie entlasten, werden von Couchepin abgezockt. Er positioniert sich mit seiner Politik noch weiter links als seine gewerkschaftliche Vorgängerin. Dafür erhält Couchepin von der SVP knapp drei Monate vor seiner Bestätigungswahl das Prädikat ungenügend.

Noch während der Amtszeit von Bundesrätin Dreifuss hat die SVP die Prämiensenkungsinitiative an die Hand genommen. Die SVP will damit Ordnung und Transparenz in die Finanzierungsflüsse bringen („monistische Spitalfinanzierung“), den Versicherten mehr Wahlmöglichkeiten geben (Aufhebung des Kontrahierungszwangs und Reduktion der obligatorisch zu versichernden Leistungen) und so die Krankenkassenprämien senken. Nicht einmal ein Jahr nach der Machtübernahme der FDP im EDI ist für die SVP klar, dass die erhoffte bürgerliche Neuausrichtung der Gesundheitspolitik nicht stattgefunden hat und auch in Zukunft nicht stattfinden wird. Couchepin fehlt dazu schlicht das Interesse an bezahlbaren Krankenkassenprämien. ◀

Fraktion auf der Strasse

Im Anschluss an die Fraktionsitzung vom 12. September machten sich die Parlamentarier auf den Weg in die Schaffhauser Altstadt zur Unterschriftensammlung für die Prämiensenkungsinitiative.



Pünktlich um 18.00 Uhr beendete Fraktionspräsident Caspar Baader den ersten Teil der Fraktionsitzung und

übergab das Wort an Ueli Maurer. „Ich möchte jetzt alle bitten, die Jacke anzuziehen und mit nach draussen zu



kommen“, war dann auch die klare und für manche etwas überraschende Aufforderung des Parteipräsidenten. Die Fraktion führe nun eine Unterschriftensammlung für die Prämiensenkungsinitiative durch, erklärte Ueli Maurer weiter.

Treffpunkt war die Schaffhau-



ser Altstadt, wo bereits einige Kandidaten der SVP Schaffhausen mit dem Sammeln begonnen hatten. Auch die Parlamentarier setzten sich tatkräftig ein. Die Passanten waren sichtlich erfreut über das unerwartete Treffen mit den Politikern und nutzten die Gelegenheit für zahlreiche Gespräche. ◀

Die SVP-Ständeratskandidaten haben Ihre Stimme verdient!



Jean-Blaise Defago (neu)
1962, ehem. Generalsekretär SVP,
PR-Berater, Dozent

In Bern will ich mich dafür einsetzen, dass der Kanton Freiburg endlich wieder ernst genommen wird und den Platz findet, den er verdient: ein Platz unter den Besten!



Angelika Zanolari (neu)
1951, Grossrätin,
Präsidentin SVP Basel-Stadt

Ich kämpfe mit dem Herzen am rechten Fleck und stehe ein für einen Stopp der fremdkulturellen Einwanderung und mehr Meinungsfreiheit statt politisch korrekter Denk-, Schreib- und Redeverbote.



Yvan Perrin (neu)
1966, Gemeinderat, Präs. SVP NE
Polizeiinspektor

S'engager pour une politique raisonnable basée sur les moyens disponibles, assurer la défense des valeurs traditionnelles de notre pays.



Hans Lauri (bisher)
1944, Dr. iur., Fürsprecher
a. Regierungsrat

Im Ständerat zählen Sachlichkeit und Dialogfähigkeit. Deshalb gilt für diese Wahl: Vernunft statt linke Experimente!



Pierre Hainard (neu)
dipl. ing. ETH

Une Suisse fière, un peuple responsable et maître chez lui, une économie forte et une protection sociale consolidée.



André Bugnon (neu)
1947, Nationalrat, Weinbauer

Protéger les valeurs traditionnelles sans fermer la porte au progrès



Hans Hofmann (bisher)
1939, a. Regierungsrat

Wirtschaft und Gewerbe brauchen günstigere Rahmenbedingungen, denn nur wirtschaftliches Wachstum kann uns Wohlstand und Sicherheit auch in Zukunft garantieren.



Hannes Germann (bisher)
1956, Wirtschaftsredaktor/Betriebsökonom,
Schaffhauser Qualität für Bern!



Hermann Bürgi (bisher)
1946, Dr. iur., Rechtsanwalt,
a. Regierungsrat

Politik heisst für mich Verantwortung übernehmen und zu dieser Verantwortung stehen.



Alex Kuprecht (neu)
1957, Kantonsrat,
Kantonsratspräsident 2002/2003

Politik ist Veränderung und Gestaltung unserer Gesellschaft. Durchhaltewillen und Engagement, die notwendigen Eigenschaften dazu. Dazu bin ich bereit!



Theophil Pfister (neu)
1942, Nationalrat, Informatiker

Für einen konkurrenzfähigen Werkplatz Schweiz, geordnete Staatsfinanzen bei tiefer Staatsquote, Förderung eines gesunden Mittelstandes und Gewerbes samt einer vielfältigen Landwirtschaft.



This Jenny (bisher)
1952, Baumeister, Unternehmer



Maximilian Reimann (bisher)
1942, Dr. iur., Finanzjurist

Nicht die Kämpfe, die wir verlieren, sondern die Kämpfe, die wir gar nicht führen, sind unsere Niederlagen.



Pirmin Müller (neu)
1978, Präsident Junge SVP Luzern,
Koch / Kaufmann

Nicht auf Rot-Grün zählen. Junge SVP wählen. Für mehr Schweizer Qualität im Ständerat.



Der Staat greift nach den Medien

Wenn es nach den Linken ginge, wäre es einfach: Der Staat wäre für alles zuständig. Mit der Hilfe von CVP und FDP gelingt es der SP immer wieder, Aufgaben, welche eigentlich von Privaten zu lösen wären, dem Staat zu übertragen: Filmförderung, Kulturförderung, Wohnbauförderung, Aussenhandelsförderung usw. Nun soll ein weiterer Bereich hinzukommen: die Medienförderung. Ein gefährliches Spiel, denn: Medienfinanzierung ist nicht die Aufgabe eines demokratischen Staates. Im Gegenteil: Dies wäre Gift für unsere Demokratie.

Der freie Diskurs der Meinungen und, damit verbunden, die Medienfreiheit sind zentrale Werte im demokratischen Staat. Das bedeutet: Der Staat soll den gesetzlichen Rahmen schaffen und so ermöglichen, dass möglichst viele (private) Medien ihre Existenz selbständig bestreiten können. Dem ist heute nicht so. Werbeverbote und Restriktionen bei der Vergabe von Frequenzen verunmöglichen privaten Radio- und Fernsehbetreibern eine Existenz. Das Monopol der SRG schafft massive Ungleichgewichte unter den verschiedenen Anbietern; Private ziehen immer den Kürzeren.

Die SP unternimmt bekanntlich alles, um die Medien unter ihre Kontrolle zu bringen. Neuester Anlauf: die staatliche Finanzierung. Die Begründung dazu ist abenteuerlich: Der freie Markt vermöge den Ansprüchen der Demokratie – d.h. Gewährung einer grösstmöglichen Medienvielfalt – nicht zu genügen, heisst es. Deshalb soll ein neuer Medienartikel in die Verfassung eingefügt werden. Viele Bürgerliche haben nach wie vor nicht begriffen, um was es eigentlich geht. 17 CVP- und 3 FDP-Vertreter haben dem SP-Ansinnen zugestimmt und der Initiative so zu einer Mehrheit verholfen.

Die SP-Initiative bedeutet, dass eine direkte staatliche Förderung einzelner Medien (mit mindestens einem dreistelligen Millionenbetrag) in der Verfassung festgeschrieben wird. Das heisst: Es ist nun Aufgabe des Staates (und nicht etwa des Marktes), für Medienvielfalt zu sorgen. Wie dies geht, kennen wir ja – zum Beispiel bei den Radioprogrammen: DRS 1, DRS 2, DRS 3, Radio Virus, Musigwälle 531, RSR – La Première, Espace 2, Couleur 3, Option musique, Rete uno, Rete due, Rete tre und Radio Rumantsch. 13 staatliche SRG-Sender und ein Vielfaches an SP-Journalisten – ist diese Vielfalt nicht überwältigend? Silvio Berlusconi ist fast ein Waisenknabe dagegen.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahrten Spass macht.

Stadler Bussnang AG
CH-9565 Bussnang
Telefon +41 (0)71 626 20 20
E-Mail stadler.bussnang@stadlerail.ch
www.stadlerail.com





Direkte Demokratie oder bürgerfeindliche Politik?

Die Europäische Union ist und bleibt ein zentralistisches, undemokratisches Gebilde, welches unserem schweizerischen System der direkten Demokratie diametral entgegen läuft. Ein Entscheid über einen allfälligen Beitritt zur EU bleibt weiterhin eine Frage von direkter Demokratie oder bürgerfeindlicher Politik.

Die EU wird immer grösser. Bekanntlich werden per 1. Mai 2004 zehn neue Staaten der Union beitreten. Sie alle haben mit grosser Mehrheit dem Beitritt zugestimmt, weil ihnen dieser doch einige Vorteile bringen wird - in wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer, aber auch in staatspolitischer Hinsicht.

Dies wäre für die Schweizerinnen und Schweizer etwas anderes. Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union würde zu einer Einbusse an direkter Demokratie führen, da die Schweiz Rechtsetzungskompetenzen an die EU abtreten müsste. Bereits im Vorfeld der EWR-Abstimmung wurden Studien in Auftrag gegeben, welche aufzeigen sollten, wie viele Abstimmungsvorlagen durch EU-Recht ganz- oder teilweise erfasst würden. Aufgrund dieser Zahlen wurde dann festgestellt, dass die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft auf die direkte Demokratie geringer sei als befürchtet. Doch für die Bürger ist nicht die Anzahl, sondern die politische Bedeutung der einzelnen Abstimmungsvorlagen, über die sie nicht mehr entscheiden könnten, ausschlaggebend. So sagen diese Zahlen nichts darüber aus, dass das Initiativrecht daran scheitern würde, dass das Recht der EU dem Recht der Eidgenossenschaft vorgeht. Das Selbstverständnis der Schweizerinnen

und Schweizer, wonach sie praktisch über jedes staatliche Handeln direkt mitentscheiden oder sich mittels Initiative oder Referendum für die Herbeiführung eines Volksentscheides einsetzen können, müsste abgelegt werden.

Das Demokratiedefizit der EU

In der Schweiz fühlen sich die Bürger nicht bloss als Zuschauer der Akteure einer politischen Klasse. Sie wollen ihr Schicksal selber bestimmen. So kann es nicht sein, dass ihnen für den Verlust ihrer Mitbestimmung im eigenen Staat so genannte Mitentscheidungsrechte in Brüssel angeboten werden. Bundesrat Kaspar Villiger hat in seiner 1.-August-Rede im Jahre 2000 dazu treffend gesagt: „Es ist logisch richtig, dass die Mitsprache in Brüssel den Verlust an Demokratie in gewisser Weise kompensiert. Aber es sind Berner Behörden und Beamte, die in Brüssel die Mitsprache wahrnehmen, während der Demokratieverlust jede Bürgerin und jeden Bürger trifft.“

Mangelhafter EU-Verfassungsentwurf

Dass die EU ein Demokratiedefizit aufweist, ist auch ihr selber bewusst. Bei der Aus-

arbeitung des Verfassungsentwurfes für die Europäische Union war es denn eines der grossen Ziele, die Union bürgernäher und demokratischer zu machen. Mit bescheidenem Erfolg. Zwar ist es sicher ein Fortschritt, wenn zum ersten Mal in 50 Jahren ein EU-Gipfel von demokratisch legitimierten Politikern vorbereitet wird. Dass der EU-Konvent aber wenig von direkter Demokratie hält, zeigt sich bereits darin, dass vor allem die Staaten und nicht das Volk im Vordergrund stehen. Immerhin wurde im Entwurf aber die Möglichkeit des Bürgerbegehrens aufgenommen. Hierzu müssen eine Million Unterschriften gesammelt werden. Anders als bei unseren Volksinitiativen muss die EU-Legislative aber auf solche Begehren nicht eintreten. Im Herbst werden die Regierungen der beteiligten Länder über den Vertragsentwurf entscheiden. Gemäss EU-Recht haben sie und nicht das Volk das letzte Wort.

Kleine Länder haben nichts zu sagen

Immer wieder wird angeführt, dass Kleinstaaten in der EU überaus viel zu sagen hätten, weil die Stimme eines Kleinstaates faktisch mehr wert sei als jene eines grossen Landes. Doch mit der bevorstehenden EU-Osterweiterung werden bisherige Einstimmigkeitsentscheide nach und nach durch Mehrheitsentscheide abgelöst. Dies stärkt die Übermacht der grossen Staaten noch mehr, und schwächt die kleinen Länder. Gemäss einem Bericht des „Spiegels“ gibt es offensichtlich auch deutliche Anzeichen dafür, dass bei der Verteilung von Spitzenpositionen in der EU



► Nationalrat Walter Schmied, Moutier (BE)

oder in der Kommission vor allem grosse Länder zum Zuge kommen. Auch dies muss dem Demokratieverständnis eines Schweizers widersprechen.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Schweiz müssen sich bewusst sein, dass die Entscheidung über den Beitritt zur EU die folgenreichste Entscheidung seit der Gründung des modernen Bundesstaates 1848 ist, der unumkehrbare Folgen für unser Land und unsere Demokratie hätte. Ein EU-Beitritt bringt schwerwiegende Nachteile mit sich und liesse die direkte Demokratie einer bürgerfeindlichen Politik weichen. ◀

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat!

Inseratetarif auf www.svp.ch

Inserat

Erfolg ist planbar. Wie? Die Gratisbroschüre

„Das Erfolgsgeheimnis“

gibt Auskunft. Sofort anfordern!

Von Hans Müller, Heimatweg 1, 5040 Schöftland

Familien steuerlich entlasten

Die Familie ist nach wie vor das wichtigste Glied unserer Gesellschaft. Familien mit Kindern verdienen besonderen Schutz und Anerkennung des Staates und der Gesellschaft.

Die Sozialistische Partei SP hat mit Hilfe der bürgerlichen CVP und FDP mit ihrer immensen Umverteilungsmaschinerie das totale Chaos verursacht. Mit immer neuen Subventionen wollen sie die Armut der Familien bekämpfen und merken nicht, dass sie selbst die Familien dadurch immer mehr in die Armut treiben. Zwar ist es populär und sehr attraktiv, den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder neue staatliche Leistungen zu versprechen. Es ist aber eine unehrliche Politik, denn für die Finanzierung dieser Leistungen wird von den gleichen Familien immer mehr Geld durch die Hintertür – in Form von höheren Steuern,

Abgaben und Gebühren - verlangt.

Stopp der verfehlten Familienpolitik

Es ist jetzt endlich an der Zeit, den Kurs zu ändern. Als Vizepräsidentin der SVP Frauen Schweiz möchte ich allen Müttern und Vätern aufzeigen, dass sie in unserer Gesellschaft eine sehr wichtige Funktion übernehmen, die der Staat niemals für sie erbringen kann. Der Staat kann ihrem Kind weder Liebe noch Geborgenheit geben, das es in der heutigen Zeit so dringend braucht. Ich möchte alle Müt-

ter und Väter motivieren, diese wichtige Rolle als Eltern mit viel Mut und Freude anzunehmen und die alleinige Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder zu übernehmen. Bereits ab der Geburt ihres Kindes entscheiden sie allein, welche Erziehung sie ihrem Kind geben die etwas ins Abseits geratene aber alt bewährte und sehr wertvolle autoritäre Erziehung oder die sozialistische Art der antiautoritären Erziehung, die den Staat für alles und jedes verantwortlich macht.

Mut zum Umbruch

Die Eltern lehren die Kinder, dass es im Leben Richtlinien, Leitplanken und Grenzen gibt. Alle – nicht nur die Kinder – sondern auch wir Erwachsene brauchen diesen

Schutz, damit überhaupt ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Ich bin überzeugt, dass mit der Stärkung einer autoritären Erziehung allen geholfen wird.

Lobby für die Familie schaffen

Die traditionelle Familie, die für den Staat eine wichtige Aufgabe übernimmt, soll besser unterstützt und gefördert werden. Das erste Steuerpaket des Bundes mit der Entlastung der Familien ist ein Schritt in die richtige Richtung. Damit die Eltern auch in Zukunft ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können, muss den Familien wieder mehr Geld zur freien Verfügung bleiben.

Marianne Steiner, Kantonsrätin, Kaltbrunn (SG)

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Bestellung SVP Shop



Neu im Shop: Polo-Shirts und Post-it!

..... Expl. Polo-Shirt (Neu!)	dunkelblau	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Polo-Shirt (Neu!)	weiss	Grösse	(S, M, L, XL, XXL)	Fr. 40.--
..... Expl. Post-it (Neu!)	Block à 50 Blatt			Fr. 2.--
..... Expl. Offiziersmesser	Original Victorinox			Fr. 20.--
..... Expl. Kleber	Bogen à 35 Kleber			Fr. 6.--
..... Expl. Jass	deutschschweizer Karten	franz. Karten		Fr. 3.--
..... Expl. Ballone	Sack à 50 Stück			Fr. 40.--
..... Expl. Kugelschreiber				Fr. 2.50
..... Expl. Feuerzeug	nachfüllbar			Fr. 5.--
..... Expl. Tischtuchrolle	PVC, 1 x 100 m			Fr. 100.--



Name Vorname

Adresse PLZ/Ort

Telefon Mail

Ort Datum Unterschrift

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail gs@svp.ch

Erholen im Val Müstair

Vier Künstler und eine Künstlerin haben dem Hotel Central in Valchava (GR) eine ganz spezielle Fassade verpasst. Die Malereien laden ein, das Innere des Hauses und sein Angebot kennen zu lernen.

Begünstigt durch die geographische Lage, hat sich das Val Müstair oder Münstertal, welches von Zernez über den Ofenpass durch den Schweizer Nationalpark erreicht wird, als intakte Naturlandschaft erhalten können.

Fassade als Leinwand

Das Haus Central wurde im 17. Jahrhundert als Engadiner Bauernhaus errichtet, 1911 zu einem Hotel umgebaut und anschliessend etappenweise renoviert.



Valchava, als verkehrsfreies Dorf, versprüht eine innere Ruhe wie keine andere Ortschaft im Val Müstair. Das renovierte Hotel Central La Fainera fügt sich harmonisch ins Ortsbild ein. Den fünf Künstlern stand für die gestellten Themen „Natur,“ und

„Besinnlichkeit,“ eine Fassadefläche von 660 Quadratmetern zur Verfügung. Aus einem Wettbewerb gingen die Entwürfe der Künstler Linard Andri, Laura Bott, Otmar Derungs, Duri Fasser und Paulin Nuotclà hervor.



Fünf Künstler also, die mit dem Val Müstair, seiner Geschichte, seiner Bevölkerung und Landschaft, ihrer Natur und deren natürlichen Heilmethoden tief verwurzelt sind. Mit viel Sorgfalt wurden die renovierten und neuen Hotelzimmer eingerichtet. Wo man hinschaut: nichts als Münstertaler Natur und Berge. Im Erdgeschoss wurde der Speisesaal einer umfassenden Erneuerung unterzogen. Die Decke bildet ein gemalter Schwalbenhimmel. In der gemütlichen Stüetta wie im ganzen übrigen Haus begeg-



net der Feriengast stilvoller Architektur und gediegener Einrichtung.

Natürliches Heilen

Fainera bedeutet Heubad. Dieses Angebot beinhaltet neben den Heubädern auch Molke-, Kräuter- und Schlamm-bäder. Das Heubad ist eine alte Naturheilmethode, die aus der Gegend der Seiser Alm (Südtirol) stammt. Ein wesentliches Element ist die Qualität der Gräser und Kräuter, wie sie in den höheren Lagen des Val Müstair wachsen. Die heilende Wirkung wird durch ein 25-minütiges Verweilen in feuchtem, folienumwickeltem Heu erzielt. Die neue Biosauna mit Wintergarten und Blick in die Bergwelt bietet sieben bis acht Personen Platz.

Als Ergebnis langjähriger Erfahrungen auf den Gebieten

Yoga, Massage, Fasten und Ernährung steht Montasana für ein Programm, das diese unterschiedlichen Bereiche miteinander verbindet. Dazu dienen: Wanderungen und Touren als Begegnung mit der Natur und Bergwelt, Massagen zur Belebung und Harmonisierung, Fastenwochen und Yoga als tief greifender Reinigungs- und Erneuerungsprozess.



Das Hotel Central La Fainera ist ein Haus mit gepflegtem Ambiente und einer herzlichen Gastfreundschaft. Infos: **Hotel Central La Fainera, Telefon 081 858 51 61, www.centralvalchava.ch**

Impressum SVPja

**Herausgegeben von der
Stiftung SVP-Parteizeitung**

Anzeigenverwaltung:

Postadresse:

Abonnementspreise:

Bankverbindung:

Druck:

Erscheint 12 Mal im Jahr

Simon Glauser, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000 Bern 26

Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85, svpja@svp.ch

Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-
Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis zugestellt.

Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800 Zofingen

Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Verantwortlich für die Redaktion:

Dr. Yves Bichsel

Letztes Mal mit Fraktionsstärke 52

Zum Abschluss der Legislatur verzeichnete die Fraktion wichtige Erfolge im Kampf für Steuerentlastungen und die Sicherung der Sozialwerke.

Die SVP-Fraktion trat ein letztes Mal in Bern in der alten Stärke von 45 Nationalräten und 7 Ständeräten zur Session an. Jede Stimme zählte bei Entlastungsprogramm, 11. AHV-Revision und Bürgerrecht. Dank der Geschlossenheit konnten wichtige Erfolge erzielt werden, namentlich das Abschmettern des neuen Betäubungsmittelgesetzes, mit dem Cannabis liberalisiert worden wäre.

Unterlegen ist die SVP dagegen bei der Bürgerrechtsrevision und bei der Mutterschaftsversicherung, da die anderen bürgerlichen Parteien es nicht als nötig erachteten, ihre Versprechen im laufen-

den Wahlkampf auch hinter den Mauern des Parlamentes wahrzunehmen. Hier werden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Entscheide korrigieren müssen. Und zudem bietet sich mit den National- und Ständeratswahlen auch die Gelegenheit, die falschen Versprechen mit Abwahl zu quittieren.

Jetzt ist es an Ihnen, mit Ihrer Stimme dafür zu sorgen, dass die Fraktion in der Dezember-Session gestärkt antreten kann. Machen Sie von ihrem Wahlrecht Gebrauch und motivieren Sie auch andere! ◀

Aliki M. Panayides,
Stv. Generalsekretärin

Parl. Initiative Joder zum Bürgerrecht

Freiheit für Gemeinden und Kantone

Im Nachgang zur Debatte über das Bürgerrechtsgesetz hat Nationalrat Ruedi Joder (BE) eine parlamentarische Initiative mit folgendem Inhalt eingereicht:



Das Bürgerrechtsgesetz ist so zu revidieren, dass die Gemeinden und Kantone bei der Einbürgerung bezüglich zuständigem Organ autonom sind und über die Einbürgerung abschliessend entscheiden können.

Mit dieser Begehren wird festgelegt, dass die Einbürgerung nicht einen Verwaltungsakt darstellt, sondern ein politischer Entscheid ist,

der bezüglich Inhalt nicht durch ein Gericht überprüft werden kann. Gleichzeitig wird die Autonomie der Gemeinden und Kantone bei der Zusicherung ihres eigenen Bürgerrechtes geschützt. Dadurch entfällt die künftige Überprüfbarkeit von Einbürgerungsentscheiden durch Gerichte.

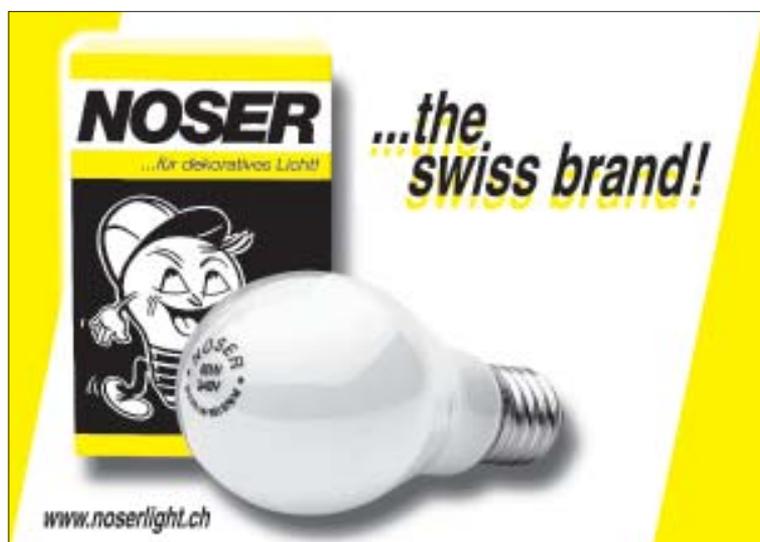
SVP - mit dem Volk verbunden!

- ▶ Mi., 8. Oktober 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Max Binder (ZH)
- ▶ Mi., 8. Oktober 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Hansjörg Hassler (GR)

- ▶ Mi., 15. Oktober 2003, 11.30 - 13.30 Uhr
Nationalrat Theophil Pfister (SG)
- ▶ Mi., 15. Oktober 2003, 17.00 - 19.00 Uhr
Nationalrat Fritz A. Oehrlí (BE)



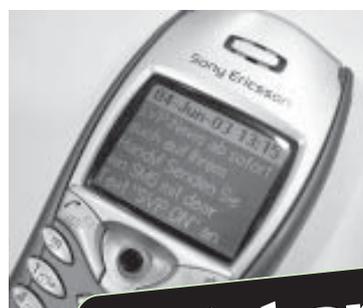
Die SVP Nummer: 031 302 04 09

NOSER
...für dekoratives Licht!

...the
swiss brand!

www.noserlight.ch



**Immer aktuell informiert:
SVP-News auf Ihrem Handy!**

Jetzt anmelden!

**Senden Sie ein SMS mit dem Text „SVP ON“
an die Kurznummer 939 (40Rp./SMS)
oder benutzen Sie die Online-Anmeldung
auf www.svp.ch**



Stagnation ist nicht Schicksal; sie lässt sich überwinden!

In den bevorstehenden Wahlen können die Bernerinnen und Berner noch 26 Nationalratsessel besetzen - einen weniger als 1999. Der Sitzverlust ist nicht Schicksal, sondern Folge der bevölkerungsmässigen und wirtschaftlichen Stagnation. Um ihre Überwindung bemühen sich viele - leider mit bis dahin bescheidenem Erfolg. Das muss sich ändern, wenn der Kanton nicht zum Armenhaus verkommen soll.

«Die Geschichte ist von unheimlicher Präsenz», hiess es einst auf den Jurakonflikt bezogen. Diese Aussage gilt nicht allein für Auseinandersetzungen zwischen Bern und seiner französischsprachigen Minderheit. Sie gilt auch für den Kanton als Ganzes. Berns Geschichte ist ebenfalls von unheimlicher Präsenz. Es ist die Geschichte eines während Jahrhunderten von einem gestrengen städtischen Patriziat regierten Bauernvolks. Die Gnädigen Herren befahlen. Die Untertanen hatten zu gehorchen. Selbständiges oder gar unternehmerisches Denken war nicht gefragt.

Die Macht der Gnädigen Herren war von Napoleon längst zerschlagen, als die Industrialisierung einsetzte und andere Kantone, zum Beispiel Zürich, den Grundstein zu ihrem heutigen Wohlstand legten. Bern blieb zurück - von seiner Vergangenheit gefangen. Die Fesseln dieser Vergangenheit sind bis heute nie vollends gesprengt worden. Zwar gibt es auch im Bernbiet hervorragende Unternehmerinnen und Unternehmer. Grosse Teile der Bevölkerung begegnen der Wirtschaft sowie wirtschaftlichen Anliegen jedoch skeptisch oder gar ablehnend.

Während Jahrzehnten manifestierten sich die Folgen der ungenügenden wirtschaftli-

chen Entwicklung «nur» in einer übermässig hohen Steuerbelastung. Bis Mitte der Achtzigerjahre des letzten Jahrhunderts reichten die hohen Steuern immerhin aus, um alles zu bezahlen, was sich der Kanton leistete. Durch die Gefrässigkeit des Staats wurde die wirtschaftliche Entwicklung allerdings zusätzlich behindert. Die hohen Steuern verhinderten aber zumindest ins Gewicht fallende Schulden. Das änderte sich in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre. Unter dem Einfluss einer während vier Jahren mehrheitlich rot-grünen Regierung sowie mit der Unterstützung von Minderheiten der bürgerlichen Fraktionen im Grossen Rat türmte der Kanton einen Schuldenberg auf, der bereits gigantische Ausmasse hatte, als er mit der Übernahme der Folgen des Debakels der alten Kantonalbank die Spitze aufgesetzt bekam.

Schulden weiterhin zu hoch

Mehrheiten für eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik fanden sich erst in den Neunzigerjahren wieder. Seither ist nahezu kein Jahr ohne Sparpaket verstrichen. Indes, die Wirkung dieser Pakete blieb ungenügend. Die Schulden belaufen sich weiterhin

auf über zehn Milliarden Franken.

Obwohl sie finanziell wenig Besserung brachten und bis dahin auch niemanden übermässig belasten, lösten die Sparpakete heftige Reaktionen aus. Radikale Funktionärinnen und Funktionäre von Gewerkschaften und Personalverbänden lassen zusammen mit Exponentinnen und Exponenten linker und grüner Parteien, auch solchen der mitregierenden Sozialdemokraten, keine Gelegenheit aus, um die Regierung sowie die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat zu verunglimpfen. Belegbare Folgen hatten solche Aktionen bis heute keine. Ohne jede Wirkung sind sie jedoch nicht. Zurzeit lässt sich jedenfalls nicht mehr gewährleisten, dass sich in Regierung und Parlament die für die endgültige finanzielle Sanierung des Kantons erforderlichen Mehrheiten finden.

Die aus ihrer Sicht ungenügende Bereitschaft zum Schuldenabbau veranlasste die Wirtschaftsverbände im vergangenen Jahr, mit einer Initiative für die Senkung der Steuerbelastung «Dampf» zu machen. Das Volksbegehren wird von der Regierung ebenso schroff abgelehnt, wie vom Parlament überwiesene Vorstösse für die beschleunigte Verwirklichung von für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutender Strassen.

Mutige Entscheide nötig

Ich mag das nicht zum Anlass nehmen, um auf den Regierungsrat einzuhacken. Hingegen halte ich fest, dass sich der Kanton Bern einzig davor bewahren lässt, zum Armenhaus der Eidgenossenschaft zu wer-



Kurzportrait

Kathrin Anderegg-Dietrich ist Inhaberin einer Notariatspraxis in Zollikofen sowie - als Nachfolgerin von Bundesrat Samuel Schmid - seit dem Frühjahr 2001 Präsidentin des Verbands Berner KMU (Kantonal-Bernischer Gewerbeverband). Von 1984 bis 1995 war sie Mitglied des Gemeindeparlaments, das sie 1990 präsidierte. Von 1986 bis 2002 gehörte sie dem Grossen Rat und einer ganzen Reihe seiner Ausschüsse an. Als Mitglied der Finanzkommission half sie mehrere Sparpakete schnüren. Zurzeit ist Kathrin Anderegg-Dietrich unter anderem Mitglied des Präsidiums des Komitees der Wirtschaftsverbände.

den, wenn er als Wirtschaftsstandort attraktiver und stärker wird. Das setzt sowohl den Abbau der Schuldenlast als auch die Reduktion der Steuerbelastung voraus. Beides zusammen ist schwierig zu erreichen und erfordert seitens der Regierung zunächst Gespräche mit allen Betroffenen und anschliessend - auch vom Grossen Rat - mutige Entscheide. Der Zustand des Kantons erlaubt es nicht, solche auf irgendwann aufzuschieben. ◀



Allgemeine Mobilmachung - am 19. Oktober an die Urnen!

In den vergangenen vier Jahren haben wir miteinander erfolgreich für unsere Anliegen gekämpft. Auf allen Ebenen ist es uns gelungen, den politischen Einfluss zu verstärken. Alle wichtigen politischen Themen und Entscheidungen wurden durch uns entscheidend geprägt. Unser Einsatz und unsere Arbeit wurden in den kantonalen Wahlgängen mit teilweise massiven Sitzgewinnen honoriert.

Vor den eidgenössischen Wahlen ist trotz allen Erfolgen eine nüchterne und selbstkritische Bilanz zu ziehen. Die SVP ist zwar stärker geworden, aber wir verfügen noch immer über zuwenig Durchschlagskraft um unsere Politik vollumfänglich umzusetzen.

Logische Folgerung: Wir müssen in den kommenden Wahlen nochmals zulegen. Wir müssen stärker werden, um aus eigener Kraft Entscheide zu beeinflussen und andere Parteien mitzuziehen. Es geht dabei um übergeordnete Ziele. Es geht um eine wichtige Weichenstellung für unser Land.

Anti-SVP-Reflex

Zu Beginn der 90er Jahre - mit der Auseinandersetzung um die Europafrage - entstanden in unserem Land zwei politische Lager. Die EU-Befürworter, eine geschlossene Allianz aller anderen Parteien, mit dem Bundesrat und praktisch allen Medien mussten nach einem Kampf, bei dem alle Mittel eingesetzt und das ganze Prestige in die Waagschale geworfen wurde, die wohl empfindlichste politische Niederlage in der Geschichte der Schweiz einstecken. Die SVP ging gestärkt aus dieser Abstimmung hervor und konnte in den letzten Jahren ihre Politik in allen Kantonen der Schweiz verankern und Zehntausende neuer Wähler gewinnen.

Schweizer Politik ist linker geworden

Auf der anderen Seite umgarnete die SP die Mitteparteien CVP und FDP, die sich nach der Niederlage reflexartig gegen die SVP als bürgerlichen Partner gewendet hatten. Eine neue Allianz der EU-Verlierer, bestehend aus SP, FDP und CVP hat in den letzten Jahren die Mehrheiten in unserem Land nach links verschoben. Die Parteienlandschaft hat sich verändert.

Weder FDP noch CVP können heute als echte bürgerliche Partner gelten. Sie haben zusammen mit der SP für immer höhere Defizite und Schulden, für neue und höhere Gebühren, Abgaben und Steuern, für kaum mehr bezahlbare Krankenkassenprämien, für mehr Kriminalität und weniger Sicherheit, für mehr Staat und weniger Freiheit gesorgt.

Unter Führung der SP haben CVP und FDP in treuer Gefolgschaft ihre einst bürgerliche Politik in den wichtigsten Fragen aufgegeben. Dadurch gerieten sie völlig aus dem Konzept, beschäftigen sich mehr oder weniger mit sich selbst und sind heute führungslos. Das politische Programm beschränkt sich mehr oder weniger darauf, anders zu sein als die SVP. Das hat die Glaubwürdigkeit der ande-

ren Parteien nicht erhöht. Auch in den Bundesrat hat die Verlierer-Koalition vor allem Leute gewählt, die diese Crash-Politik weiterführen.

Es braucht mehr SVP

Wenn wir wollen, dass unser Land wieder zu seinen Qualitäten zurückfindet, brauchen wir mehr Politiker, die in Bern für diese Qualitäten kämpfen.

Wir stehen ein für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat. Wir wehren uns dagegen, dass uns Gerichte und internationale Verträge und Abkommen unsere demokratischen Rechte nehmen. Steuern, Gebühren und Abgaben sind zu senken, damit uns allen wieder mehr zum Leben bleibt. Die Staatsausgaben müssen gesenkt werden, die Defizite sind zu reduzieren. Unser Land braucht mehr unternehmerische Freiheiten, so dass die Unternehmer wieder in neue Arbeitsplätze investieren können. Wer mehr leistet, darf vom Staat nicht ausgeplündert werden.

Nur so sind letztlich auch unsere Sozialwerke langfristig zu sichern. Dazu gehört endlich eine Reduktion der Krankenkassenprämien, die wir mit unserer Volksinitiative - der Prämiensenkungsinitiative - fordern. Die SVP kämpft gegen den Missbrauch unserer Gesetze, wir wollen dem Asyl-



► Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz, Wernetshausen (ZH)

rechtsmissbrauch mit einer neuen Initiative den Riegel schieben. Schülerinnen und Schüler, junge Frauen und ältere Leute sollen sich in unserem Land jederzeit frei bewegen können, ohne Angst zu haben überfallen oder niedergestochen zu werden. Wir brauchen einen starken Staat, nicht ein aufgedunsenes, krankes Gebilde, das kraftlos und depressiv nur noch nach der EU schielt.

Mobilmachung!!!

Das Wort mag erschrecken, es erinnert an Zeiten, in der unser Land in grösster Gefahr stand. Ich wähle es bewusst. Unser Land braucht eine Mobilmachung der Bürgerinnen und Bürger, die für die Qualitäten unseres Landes kämpfen. Kämpfen auch Sie dafür. Gehen Sie an die Urne, legen Sie unsere Liste ein. Mobilisieren Sie Ihre Familie, Ihren Bekanntenkreis, Ihr Quartier, Ihr Dorf. Es geht um unsere Schweiz! Die Wahlen wird gewinnen, wer die meisten Leute mobilisiert! Mobilmachung - ich zähle auf Sie! ◀